



INLAND

**Aus Äpfeln wird wieder Saft gemacht – in Schellenberg seit fast 120 Jahren.**

SEITE 3



INLAND

**Mario Frick äussert sich zu seinem Einstieg ins Trainer-Metier.**

SEITE 17



Vogt Hans Peter  
VHP Anstalt · FL-9496 Balzers  
www.vhp.li · +423 777 28 26

▲ Wintergärten/Glasanbauten  
■ Fenster/Türen/Schreinerarbeiten  
● Baumtaägen/Miniraupenkrane

## Weniger Schüler in Liechtenstein

Vaduz. – Die Anzahl der Schüler in Liechtenstein ging auch im Schuljahr 2010/11 zurück. Dies zeigt die aktuelle Bildungsstatistik 2011. Auffallend ist der Rückgang bei der Sonderschule sowie beim Freiwilligen 10. Schuljahr. SEITE 3

## Aktionstag für Handgemachtes

Vaduz. – Das Projekt «handgemacht» geht in eine neue Runde. Speziell am diesjährigen Aktionstag ist, dass er im Rahmen des Vaduzer Bauernmarktes auf dem Rathausplatz stattfindet. Interessierte dürfen nicht nur zuschauen, wie aus Filz, Beton, Steinen, Draht oder Fimo spezielle Kunstwerke entstehen, sondern am «handgemacht»-Tag geht es vor allem ums Selbermachen. SEITE 11

## VU wird zuerst intern beraten

Vaduz. – FBP-Parteipräsident Alexander Batliner hat gestern VU-Parteipräsident Jakob Büchel ein Schreiben zukommen lassen, in welchem das FBP-Präsidium um die Beantwortung von Fragen betreffend die Aussagen von Regierungschef Klaus Tschüscher in ausländischen Zeitungen zum automatischen Informationsaustausch bittet. Wie VU-Präsident Jakob Büchel auf Anfrage des «Vaterlands» erklärte, wird sich das VU-Präsidium mit der Anfrage der FBP befassen und anschliessend den Koalitionspartner über das Ergebnis der Beratungen informieren. SEITE 12

# Grosses Reformwerk verabschiedet

**Mit 18 Stimmen bei 19 Anwesenden verabschiedete der Landtag gestern die Regierungs- und Verwaltungsreform. Damit hat Regierungschef Klaus Tschüscher ein Reformwerk durchgebracht, das seit mehr als 20 Jahren fällig ist.**

Von Günther Fritz

Vaduz. – Die Anstrengungen der Vorgängerregierungen reichen bis ins Jahr 1989 zurück. Seit damals haben sie sich immer wieder darangemacht, Veränderungen an den gewachsenen Strukturen in Regierung und Verwaltung umzusetzen. Punktuell konnte in den letzten zwei Jahrzehnten da und dort etwas verändert werden, doch der grosse Wurf ist erst gestern über der Ziellinie angekommen und kann jetzt rechtzeitig in der neuen Legislaturperiode nach den Wahlen 2013 umgesetzt werden.

### Von historischer Dimension

Dies entspricht auch einem Wunsch von Erbprinz Alois, der anlässlich des Staatsfeiertags gesagt hat, dass die neue Regierung von der Regierungs- und Verwaltungsreform entlastet werden sollte. Der historischen Dimension des gestern verabschiedeten Reformwerkes entsprechend war die Freude bei Regierungschef Klaus Tschüscher auch gross: «Damit können wir eine seit 20 Jahren dauernde Diskussion zum Abschluss bringen. Ich freue mich darüber und bedanke mich beim Landtag herzlich für die Sicherstellung der Kontinuität der Regierungsarbeit.»

### Fünf fixe Ministerien

Die Inkraftsetzung ist für 1. Februar 2013 vorgesehen, damit die neue Re-



**Grosser Wurf:** Regierungschef Klaus Tschüscher hat mit der Verabschiedung der Regierungs- und Verwaltungsreform durch den Landtag die Anstrengungen zahlreicher Vorgängerregierungen zu einem erfolgreichen Ende geführt. Bild Elma Korac

gierung von Anfang an mit den neuen Strukturen arbeiten kann. Die Regierungsreform sieht vor, dass bei der Kollegialregierung fünf fixe Ministerien eingerichtet werden: Ministerium für Präsidiales und Finanzen; Ministerium für Äusseres, Ministerium für Gesellschaft, Ministerium für Inneres und Ministerium für Infrastruktur und Umwelt. Die Geschäftsbereiche Wirtschaft, Justiz, Bildung, Sport sowie Kultur werden den Ministerien zugeordnet. Die Bezeichnung des Ministeriums ist entsprechend anzupassen.

### Wohin gehört die Wissenschaft?

Die Regierung schlug für die zweite Lesung vor, den Geschäftsbereich Bildung zu erweitern und neu «Bildung und Wissenschaft» zu nennen, um den

Aspekt zu berücksichtigen, dass sich Liechtenstein inzwischen als Universitätsstandort etabliert hat und zukunftsorientierte und innovative wissenschaftliche Projekte zur Sicherstellung des Transfers von Wissen in Gesellschaft und Wirtschaft gezielt unterstützt worden sind. Dieser Vorschlag rief vor allem die FBP-Abgeordneten Gerold Büchel und Rainer Gopp sowie FBP-Fraktionssprecher Johannes Kaiser auf den Plan. Sie erinnerten an die Debatte über die Beantwortung des Postulats zur Förderung von Wissenschaft und Forschung. Zuerst soll man den entsprechenden Bericht und Antrag der Regierung abwarten, bevor man die Wissenschaft der Bildung zuordne. Denn eine Verknüpfung der Wissenschaft mit der Wirtschaft sei

mitunter weit sinnvoller. «Wissenschaft und Forschung sollten primär der Wirtschaft dienen», betonte der FBP-Abgeordnete Rainer Gopp. Darauf entbrannte eine Debatte, wo die Wissenschaft besser aufgehoben sei – bei der Bildung oder bei der Wirtschaft. Die VU-Abgeordnete Gisela Biedermann sah im Ansinnen der FBP sogar eine Diskriminierung der Geisteswissenschaften.

Regierungschef Klaus Tschüscher beendete schliesslich diese Debatte, indem er ein klares Plädoyer für die Freiheit der Wissenschaft und Forschung hielt. Die FBP-Abgeordneten, welche die Wissenschaft der Wirtschaft zuordnen wollen, würden vielmehr die Innovationsförderung und Technologieförderung meinen. Um den entsprechenden Richtungsstreit nicht zu verlängern, zog der Regierungschef den Vorschlag der Begriffsveränderung zurück.

### 6 Monate für Regierungsprogramm

Eine weitere Diskussion entwickelte sich um den Vorschlag der Regierung, dass eine neue Regierung jeweils spätestens sechs Monate nach Amtsantritt dem Landtag das Regierungsprogramm zur Kenntnis bringen muss. Für VU-Fraktionssprecher Peter Hilti entspricht diese Frist zwar einem sehr sportlichen Ziel, aber eine Frist zu setzen, sei sicherlich richtig. Der FBP-Abgeordnete Albert Frick wollte zuerst diese Frist streichen, stellte im Verlauf der Debatte dann aber den Antrag, dass eine neue Regierung spätestens bis zum Ende des Jahres des Amtsantritts das Regierungsprogramm vorlegen muss. Der Antrag von Albert Frick erhielt schliesslich nur 7 FBP-Stimmen. Schliesslich wurde die Frist von sechs Monaten mit 17 Stimmen gutgeheissen.

LANDTAG SEITEN 5 BIS 8

## HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3–14
TV-Programme	15
Boulevard	16
Sport	17–21
Ausland	23
Bauen + wohnen	24
Leserreise	25
Cinema	26
Kultur	27, 28
Wirtschaft	29–31
Die Letzte	32

MEHR FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN  
www.vaterland.li

Vaduzer Medienhaus AG  
Liechtensteiner Vaterland  
Lova Center, Postfach 884, 9490 Vaduz  
Tel. +423 236 16 16, Fax +423 236 16 17  
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li  
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li  
E-Mail Abo: abo@vaterland.li  
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li



## Neues Direktzahlungssystem

Bern. – Für die künftige Agrarpolitik hat der Nationalrat die Stossrichtung des Bundesrats in einer ersten Teildebatte bestätigt. Die grosse Kammer nahm einzelne Anpassungen zugunsten der Bauern vor, hiess aber das zielgerichtetere Direktzahlungssystem im Grundsatz gut. In einer neunstündigen Mammutdebatte beschäftigte sich der Nationalrat mit der Agrarpolitik 2014–2017. Beenden konnte er die Beratung dennoch nicht.

Beim Kernstück des Pakets – der stärkeren Ausrichtung des Direktzahlungssystems an den Verfassungszielen – fällt die grosse Kammer einen Vorentscheid: Sie hiess die umstrittenen Landschaftsqualitätsbeiträge mit 98 zu 85 Stimmen bei zwei Enthaltungen gut. Der Bauernverband wollte die Beiträge streichen, die mit 210 Millionen Franken in vier Jahren den kleinsten Teil des Zahlungsrahmens von total 13,67 Milliarden Franken ausmachen. (sda)



## Start der letzten Leserreise

45 «Vaterland»-Leserinnen und -Leser starten heute zur dritten und letzten Leserreise, die sie ins Tessin und ins Piemont führt und in den kommenden vier Tagen ein abwechslungsreiches und beeindruckendes Programm bietet. Derweil darf sich die Reisegruppe, die Anfang September gereist ist, bereits über die ersten Bilder freuen. SEITE 25

## Angriffe auf Zivilisten und Kinder

Damaskus. – Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat den syrischen Regierungstruppen unerbittliche und wahllose Angriffe auf die Zivilbevölkerung vorgeworfen. Die Organisation berichtete, die Armee bombardiere «blindwütig» von Rebellen gehaltene Wohngebiete. Anstatt mit Infanterie gegen Stellungen der Rebellen vorzugehen, würden die Regierungstruppen verstärkt auf Artillerie- und Mörserbeschuss von Dörfern und Städten setzen, erklärte Amnesty am Mittwoch. Diese Bombardements hätten «verheerende Konsequenzen» für die Zivilbevölkerung. Auch am Mittwoch bombardierte die syrische Armee mehrere Ortschaften.

Zudem ist eine Untersuchung des türkischen Militärs zu dem Schluss gekommen, dass die syrischen Streitkräfte Mitte Juni mit einer Boden-Luft-Rakete einen türkischen Phantom-Jet in internationalem Luftraum abgeschossen haben. (sda) SEITE 23